Leipart entlarvt!

„Der ADGB wird Schleicher nicht bekämpfen“ . Offizielle Erklärung des ADGB-Führers im „Alarm“, der Zeitschrift der „Eisernen Front“

Noch vor ein paar Tagen glaubte die Dresdner Volkszeitung das Interview Leiparts mit dem Vertreter des „Excelsior“ mit einer nichtssagenden „Berichtigung“ abtun zu können, nachdem sie über eine ganze Woche darüber geschwiegen hatte. Und im Vorwärts wurden die Kommunisten sogar „freche Fälscher“ genannt, weil sie nachgewiesen hatten, daß das Dementi des Herrn Leipart über seine Unterredung mit dem Korrespondenten der französischen Zeitung „Excelsior“ nicht der Wahrheit entsprach. Jetzt bestätigt uns Leipart selbst, daß der Inhalt des Interviews von A bis Z richtig ist.

Das Tollste und Ungeheuerlichste, was bisher von Leipart gegenüber der Schleicherregierung an Tolerierungsabsichten geäußert worden ist, wird jetzt von einem Artikel in der Wochenzeitschrift „Alarm“, im Organ der „Eisernen Front“, übertroffen. Leipart, der Vorsitzende des ADGB, schreibt dort:

„Die Gewerkschaften müssen verlangen, daß die Regierung Schleicher es ernst nimmt mit ihrem Vorsatz, Arbeit zu schaffen, und alle ihre Regierungsmaßnahmen nicht nur „mehr oder weniger“, sondern ganz in den Dienst der Arbeitsbeschaffung stellt. Da sie entschlossen zu sein scheint, aus den schweren politischen und psychologischen Fehlern der letzten Monate zu lernen, und nicht, wie die Regierung Papen, mit hochmütigen Werturteilen über unser tapfer um seine Existenz ringendes Volk um sich wirft, da sie anscheinend ein Gefühl dafür hat, daß der Kampf, den gerade die deutsche Arbeiterschaft in den letzten Jahren gegen die tägliche Not geführt hat, die tiefste Bewunderung verdient,

so werden die deutschen Gewerkschaften zunächst abwarten, ob die Taten der Regierung ihren Worten entsprechen werden.

Worauf es jetzt einzig und allein ankommt, ist produktive Politik, das heißt, die Bewältigung der Aufgabe, die Lage der deutschen Arbeiterschaft durch entschlossenes Handeln zu verbessern.“

Als wir vor einigen Tagen feststellten, **Leipart geht den Weg zum Faschismus,** zweifelten viele sozialdemokratische Arbeiter an der Richtigkeit unserer Behauptung. Dieser Artikel Leiparts bestätigt das, was wir damals sagten. Leipart sagt von der Regierung Schleicher, daß sie „ein Gefühl dafür hat, daß der Kampf der Arbeiter gegen die tägliche Not tiefe Bewunderung verdient“.

Das sagt Leipart von der Regierung, in der sich **sechs Minister der Papenregierung** befinden. Das sagt Leipart von der Regierung, die den acht Millionen hungernden Erwerbslosen jede wirkliche Winterhilfe verweigert, von der Regierung, die zwar in ihrem Programm die „Arbeitsbeschaffung“ verkündet, aber nicht verhindern kann, daß in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember die Hungerarmee in Deutschland um 250 000 zugenommen hat.

Schon das ist ein neues zynisches und offenes Bekenntnis zu dem faschistischen Kurs der Schleicherregierung

Mag die **Dresdner Volkszeitung** noch so oft und noch so ausführlich von der Oppositionsstellung der SPD zu der Schleicherregierung schreiben. Die Tatsachen beweisen, daß die Sozialdemokratie das Schleicherkabinett toleriert.

Ihr Oppositionsgeschrei soll die SPD-Arbeiter bei der Stange halten. Aber sonst tun sie alles, um Schleicher die Rekruten zuzutreiben, um die Eiserne Front für das Programm Schleicherscher Aufrüstungspläne einzusetzen.

Gewerkschaftsmitglieder, verstärkt den Protestkurm gegen den Schleicherkurs der Leipart und Co.! Faßt erneut Protestentschließungen, verlangt den Ausschluß Leiparts aus dem ADGB, rechnet ab mit allen Streikbrechern, macht die Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen zu einem Generalappell für den Kampf um Arbeit und Brot! Wählt nur klassenbewußte Arbeiter, Streikführer und erprobte Revolutionäre!

SPD-Arbeiter, Reichsbannerarbeiter! Zerschlagt die Kuratoriumspläne eurer Führer! Nicht „abwarten“ kann die Losung sein, sondern kämpfen ist das Gebot der Stunde!

Zörgiebels Polizei gegen die Hungernden eingesetzt

Vom SPD-Wohlfahrtsdezernenten alarmiert

Essen, 24. Dezember (Eig. Drahtb.)

Gestern abend spielten sich in Dortmund vor dem Rathaus erschütternde Szenen ab. Dreihundert Frauen erschienen mit ihren Kindern, um Winterhilfe zu erhalten. **Die Erwerbslosen hielten die Zugangsstraßen zum Wohlfahrtsamt besetzt.** Eine Delegation gelangte in das Zimmer des sozialdemokratischen Wohlfahrtsdezernenten Severmann. Dieser holte die Polizei, welche die Frauen und Kinder mit den brutalsten Gummiknüppelattakken aus dem Zimmer jagte. Ueber ein Dutzend Frauen bekamen Ohnmachtsanfälle.

In den Abendstunden verteilten einige Geschäftsleute Lebensmittel an hungernde Kinder und Frauen. Andere räumten die Schaufenster aus. **Die Polizei des Sozialdemokraten Zörgiebel, darunter auch berittene, besetzte die Straßen der Innenstadt.**

*

Wuppertal, 24. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Hugenbergsche TU meldet aus Wuppertal:

In den Abendstunden des Donnerstag und in der Nacht zum Freitag kam es in Wuppertal wieder zu Ausschreitungen und Straßenkundgebungen, bei denen es auch zahlreiche Verletzte gab. Nach dem Bericht der Polizei stieß ein Demonstrationszug von 8000 Personen vor das Barmer Rathaus. Hier stießen sie mit 8 Polizeibeamten zusammen. Als die Beamten sich bemühten, den Zug aufzulösen, wurden sie beschimpft. In ihrer Bedrängnis gab einer der Beamten drei scharfe Schüsse ab, durch die drei Personen verletzt wurden . . . .

In Elberfeld machte die Polizei ebenfalls von der Schußwaffe Gebrauch. Als ein Demonstrationszug nach dem Stadtinnern vorgehen wollte, wurde er von Polizeibeamten aufgehalten. Man warf die Polizeibeamten zu Boden und trat sie mit Füßen. In diesem Augenblick gab ein Beamter zwei scharfe Schüsse ab. Ob jemand verletzt wurde, konnte nicht ermittelt werden. Weiter wurden mehrere Schaufenster eingeschlagen und Auslagen geplündert.

Ohne den Schatten eines Beweises behauptet die Polizei, daß die Zusammenrottungen von der Kommunistischen Partei organisiert worden seien. Die Absicht schaut zu plump heraus. Man braucht und sammelt Material zum Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Senftenberger SA aufgelöst

Senftenberg, 24. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Zersetzung in den Reihen der Nationalsozialisten hat auch hier dazu geführt, daß die gesamte SS und SA aufgelöst wurde.

Hitler, wie ihn keiner kennt

Er weint wie ein Schloßhund

Die Schwarze Front, das Organ des Bruders von Gregor Straßer, gibt die Szene wieder, die sich abspielte, als Hitler bei Gregor Straßer im Krankenurlaub geschickt hatte und in Berlin erschienen war, um sich von der Nazireichstagsfraktion „Treugelöbnis“ erneuern zu lassen. Die „Schwarze Front“ berichtet:

„Nach kurzer, gemütvoller Ansprache Hitlers, der mit tränenerstickter Stimme immer wieder ausrief: ‚Daß er mir das antun konnte! Gerade jetzt! Das hätte ich nie für möglich gehalten!‘ — sank der gute Schauspieler „völlig gebrochen“ auf einen Stuhl und — weinte.

Und vor ihm stand Göring, mit beiden Händen die Hand des Führers greifend, und die Tränen liefen auch ihm über die dicken Backen.

Daneben schluchzend Herr Brückner und — Krokodilstränen, seid gelobt — Dr. Goebbels mit weißem Taschentuch.

In zweiter Reihe Herr Bernhard Kuß, von einem Weinkrampf geschüttelt und Herr Heines, wüste Drohungen gegen Straßer ausstoßend.

Im Hintergrund hört man Streichers sonore Stimme: „Der treulose Hund, der Straßer! Unserem Führer solches Leid zuzufügen.“

Und dazwischen drängte und schob sich die Schar der erschütterten, empörten, verdatterten, ratlosen Mannen, von denen [illegible] Reventlow mit seinem mokanten Gesicht und Kaufmann [illegible] Koch mit ihren roten Köpfen auffielen.

So — und wenn es Herrn Hitler oder Herrn Dr. Goebbels gelüstet, den Wahrheitsbeweis für die genaue Wiedergabe des Bildes zu hören — dann stehen wir ihm vor Gericht mit den Zeugenaussagen von etwa 35 Mitgliedern der Reichstagsfraktion zur Verfügung.“

Das Bild, das hier die Schwarze Front von den „starken Männern“ der Hitlerpartei entwirft, ist so erhebend und lustig, daß wir es unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Im übrigen wird schon gemeldet,

daß Hitler sich mit Gregor Straßer an den Weihnachtstagen zu einer Aussprache treffen wird.

Schließlich trennt die beiden ja nichts Grundsätzliches, sondern nur die verschiedene Auffassung über die Methode, wie man möglichst schnell in das Regierungsbündnis mit Hugenberg, Schleicher und den Zentrumspfaffen kriecht.

Nazi-Göring verschleppt Reichstagseinberufung

Neue Unterredung Straßer—Hitler? . Neue Ueberfälle der SA auf Arbeiter

Trotz des Antrages der kommunistischen Reichstagsfraktion, den Aeltestenrat zum 27. Dezember und Reichstag zum 28. Dezember einzuberufen, um Stellung zu nehmen zu dem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Schleicher, dem Antrag auf Aufhebung der Papenschen Notverordnung vom 14. Juni und den Anträgen für Winterhilfe für die Erwerbslosen, versucht Göring die Einberufung des Aeltestenrates zu verschieben.

Die Hitler, Straßer und Göring haben kein Interesse an einer neuen Reichstagssitzung, die ihrer Tolerierungspolitik Schleicher gegenüber unangenehm ist. Die kommunistischen Anträge würden die „Opposition“ der Naziführer gegen Schleicher natürlich erneut als elendes Täuschungsmanöver ihren Anhängern gegenüber entlarven. Schleicher will ungestört seine Politik gegen die Arbeiterklasse durchführen können. So wollen es die Führer der Nazis.

Zu Weihnachten soll eine Aussprache zwischen Hitler und Straßer stattfinden, um eine Einigung zwischen beiden, d. h. eine Einigung über die beiden Methoden des Betrugs und der Täuschung den Massen gegenüber herbeizuführen. Ob diese Aussprache stattfindet oder nicht, ändert an der Tolerierungspolitik der Nazi natürlich nichts. Auch die Zersetzung nimmt bedeutend in den Reihen der Naziproleten immer stärkeren Umfang an. Um diese aufzuhalten, wird seitens der Führer wieder eine [illegible] Blut- und Mordhetze gegen die revolutionären Arbeiter betrieben.

In Altona wurde am Montag, dem 11. Dezember, ein

Arbeiter von SA-Leuten hinterrücks niedergeschossen

Mit einem schweren Lungenschuß mußte der schwerverletzte Arbeiter ins Krankenhaus gebracht werden. Mit dieser Aufputschung zum Mord sollen die SA-Leute von der Politik der Tolerierung Schleichers durch die Naziführer abgelenkt werden.

Erkennt dieses schurkische Spiel der Hitler-Straßer-Goebbels, ihr Proleten und Werktätigen, die ihr noch an Hitler und Straßer glaubt! Kommt zur roten Einheitsfront, die unter Führung der KPD den Kampf für die nationale und soziale Befreiung aller Werktätigen organisiert.

Heraus mit Bartl!

Der Massenkampf der Arbeiterschaft hat die Bourgeoisie gezwungen, für eine kleine Anzahl politischer Gefangener eine Amnestie zu erlassen. Aber Tausende wurden nicht amnestiert, unter ihnen der zum Tode verurteilte Antifaschist Bartl. Deshalb darf im Kampf um seine Befreiung nicht locker gelassen werden. Der Massenkampf aller Arbeiter muß auch ihn und alle proletarischen politischen Gefangenen befreien!

Die Belegschaft der Baufirma Emil Voigt in Leipzig-Connewitz, Hildebrandtstraße, protestiert gegen das Todesurteil an dem Jungarbeiter Bartl und fordert seine sofortige Freilassung.

Die gesamten proletarischen Organisationen zweier Orte im revolutionären Massenprotest

In Altenburg i. S. nahmen folgende Arbeiterorganisationen gemeinsam eine Entschließung gegen das Todesurteil an: Kampfgemeinschaft gegen Faschismus, SPD, KPD, Verband der Bergbauindustriearbeiter, Arbeitergesangverein, Arbeiterradfahrerbund Solidarität, Arbeiter-Turn- und -Sportverein, Reichsbanner.

Sämtliche Arbeiterorganisationen von Eydtkuhnen in Ostpreußen, und zwar: Rote Hilfe, KPD, KJVD, Reichsbanner, Einheitsverband für das Baugewerbe, Zentralverband der Invaliden und Witwen, SPD, Ortsausschuß des ADGB, Zentralverband der Zimmerer, Sportverein Vorwärts, fordern die sofortige Freilassung Bartls.

Schleichers „Weihnachtsgeschenk“ für die arbeitende Jugend

Zwangsarbeit für 300000 Jugendliche

Was ist das „Notwerk der deutschen Jugend“? . Ein faschistischer Drill für die Jungarbeiter

Das Schleicherkabinett hat beschlossen, dem „Notwerk der deutschen Jugend“ 8 bis 10 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, damit für etwa 300 000 Jugendliche, die in diesem „Notwerk“ erfaßt werden sollen, eine Beihilfe zu einem warmen Mittagessen in Höhe von 20 Pfennig pro Tag und Kopf gegeben werden kann. Für diesen Zuschuß sollen die Jugendlichen gezwungen sein, mindestens vier Stunden täglich Arbeit zu leisten.

So rätselhaft es auch vorläufig ist, welche Art von Arbeit den Jugendlichen gegeben werden soll, zeigt der Beschluß, daß man mit dem „Notwerk“ der deutschen Jugend“ Ernst machen will. Schleicher sagte darüber in seiner Rundfunkrede:

„Die Reichsregierung wird allen geeigneten Einrichtungen, insbesondere auch freiwilligen Kameradschaften jugendlicher Erwerbsloser, öffentliche Mittel zur Verfügung stellen, wenn sie gewillt sind, den Teilnehmern gemeinsame Verpflegung, körperliche Uebungen und geistige Fortbildung zu verschaffen. Die Unterstützung soll ein Anreiz zur Hilfe aller Schichten des Volkes sein, und den Verbänden und Bünden ein großes Feld [illegible] Dienstes in Verbindung mit Staat und Selbstverwaltung eröffnen.

Die Erfahrungen von Bünden und Stadtverwaltungen beweisen, daß das Notwerk in großem Ausmaße erfolgreich gestaltet werden kann.“

Es handelt sich also darum, daß die faschistischen Bünde, SA, Stahlhelm usw., Jugendliche zusammenfassen und sie in ihrem Sinne betreuen. Sie sollen auch zur Zwangsarbeit herangezogen werden. Man wird sie in bestimmten Lehrwerkstätten und [illegible] so ausbilden wollen, daß sie bei Arbeitskämpfen gegen die Arbeiter eingesetzt werden können. Darum muß mit allen Mitteln dieser faschistischen Beeinflussung von Jungarbeitern entgegengewirkt werden.

Mit wirklicher Arbeitsbeschaffung hat das Ganze nichts zu tun. Die Millionen jugendlicher Arbeiter, die arbeitslos auf dem Pflaster liegen, müssen gemeinsam mit den erwachsenen Arbeitern den Kampf um ihre Forderungen, den Kampf um Winterhilfe, um Brot, Kartoffeln und Kohlen verstärkt fortsetzen!

Zwei ukrainische Freiheitskämpfer gehenkt

Lemberg, 24. Dezember (Eig. Drahtb.)

Heute früh, zwei Tage vor dem sogenannten „Fest der Liebe“ wurden im Hofe des Gefängnisses zwei ukrainische Freiheitskämpfer gehängt. Der polnische Staatspräsident hat nur den dritten Angeklagten, der ebenfalls zum Tode verurteilt worden war, begnadigt, indem er die Todesstrafe in 15 Jahre Gefängnis umwandelte. Die beiden Gehenkten Danylyszyn und Bilas waren ukrainische Nationalrevolutionäre. Bilas äußerte bei der Hinrichtung folgendes: „Ich bin ein bewußter Nationalrevolutionär. Ich bin Bauer und habe durch meine Tat gezeigt, wie das ukrainische Dorf auf die Unterdrückungsmaßnahmen der polnischen Regierung reagiert.“

Her mit Arbeitslosenunterstützung für die Amnestierten

So ungeheuerlich es ist, so ist es doch **Tatsache, daß die** Reichsarbeitsminister Syrup unterstehenden Behörden den durch die Amnestie freikommenden Arbeitern die Arbeitslosenunterstützung verweigern wollen. Offiziell wird bekanntgegeben, daß den Amnestierten, die wegen ihrer Verurteilung von den Unternehmern gemaßregelt wurden, keine Arbeitslosenunterstützung gewährt wird, sondern sie auf evtl. Wohlfahrtsunterstützung verwiesen werden sollen. Selbst diejenigen Verurteilten, die vor dem Urteil die volle Anwartschaft auf Versicherungsunterstützung erreicht hatten, sollen frühestens nach einer Sperrfrist von 6 Wochen Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Gegen diese ungeheuerlichen Maßnahmen muß sich das gesamte werktätige Volk wenden. Die antifaschistischen verurteilten Arbeiter werden von den **Unternehmern auf die Straße geworfen,** während dem die wenigen verurteilten Faschisten fast alle wieder vom Unternehmertum weiterbeschäftigt werden. Hier müssen die **Betriebsbelegschaften ein Machtwort sprechen** und Weiterbeschäftigung ihrer verurteilten Arbeitsbrüder fordern. Für alle aber, die arbeitslos auf der Straße bleiben, fordert das werktätige Volk die **volle und sofortige Arbeitslosenunterstützung.**

Millionen fordern: Her mit Arbeitslosenunterstützung für die amnestierten Arbeiter!

Kündigungen im Konsumverein Vorwärts

Wie wir soeben erfahren, hat der Konsumverein Vorwärts, Dresden, seinen Fleischern, Kraftwagenführern, Bäckern und einem Teil Arbeiterinnen gekündigt, ohne daß es der Betrieb für nötig gehalten hätte, vorher die Belegschaft davon zu verständigen. Wir werden am Dienstag noch näher darüber berichten.